



Gemeinsame Positionen

In der Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform 2003 beweisen die Gesundheitsberufe auch in Nordrhein-Westfalen Solidarität.

Die bundesweite Informationskampagne des Bündnis Gesundheit 2000 zur Gesundheitsreform 2003 ist vielversprechend gestartet. Zusammen mit den anderen Gesundheitsberufen haben sich zahlreiche Ärztinnen und Ärzte an öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Dresden, Rostock, Bremen, Potsdam, Saarbrücken und Stuttgart aktiv beteiligt.

Auf eine positive Medienresonanz ist auch der nordrhein-westfälische Aktionstag Mitte März in Düsseldorf gestoßen (siehe auch „Thema“ Seite 11). „Gesundheitsberufe fordern mehr Zeit für die Patienten und wenden sich gegen ein knallhartes Kosten-Nutzen-Denken im Gesundheitswesen“ – das waren die Botschaften, die überzeugt haben.

Die Bündnisaktionen haben auch vielen Kolleginnen und Kollegen Mut gemacht, selbst ihre Meinung zu artikulieren. Spontane Aktionen wie auch die Proteste der Berufsverbände haben der Öffentlichkeit signalisiert, dass im Gesundheitswesen etwas nicht stimmt. Wir haben damit zwar nicht bei jedem Verständnis gefunden, aber wir haben vielen Menschen im direkten Kontakt klar machen können, dass wir unseren Beruf ernst nehmen und für eine gute Medizin streiten.

Und es ist verstanden worden, dass sich unser Protest gegen drohende Wartelisten, gegen Zuteilungsmedizin und gegen noch mehr Bürokratie richtet – und dass es keineswegs nur um das Einkommen geht. „Die Gesundheitsberufe stehen auf der Seite der Patienten“ – diese Botschaft lässt sich gemeinsam im Bündnis glaubwürdiger vertreten als von einer einzelnen Berufsgruppe.

Allerdings ist auch richtig: Die Beschäftigten in Klinik, Praxis und Apotheken empfinden die von Gesundheitsministerin Schmidt zum Jahresbeginn verordnete Minusrunde unisono als Schlag ins Gesicht. Denn diese Politik gefährdet nicht nur Arbeitsplätze und Existenzen. Sie trifft – auch wenn gerade das bestritten wird – natürlich auch die Patienten.

Leider hat unsere NRW-Landesregierung zu dieser verfehlten Politik Beifall geklatscht, obwohl sie doch ganz genau weiß, dass das Gesund-

heitswesen inzwischen mit rund einer Million direkt oder indirekt Beschäftigten der größte Arbeitgeber im Lande ist. Es beschäftigt etwa 150.000 Menschen mehr als Baugewerbe, Bergbau und Energiewirtschaft zusammen. Bei der Bündnisaktion in Düsseldorf konnten wir deutlich machen, dass die bisherige restriktive Politik die Jobmaschine Gesundheitswesen auch in NRW fahrlässig abgewürgt und so Innovation und Wachstum blockiert hat.

Seine Alternative zu einer solchen kurzatmigen Kostendämpfungspolitik hat das NRW-Bündnis der Gesundheitsberufe in einem gemeinsamen Positionspapier formuliert. Die zentralen Forderungen lauten:

- Mehr Zeit für die Patienten. Denn die Patienten haben Anspruch auf eine Gesundheitsversorgung mit menschlicher Zuwendung. Abfertigung unter Zeitdruck und Zuteilung müssen vermieden werden.
- Sichere Finanzierungsgrundlagen. Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft und des rasanten medizinischen Fortschritts wächst der Bedarf an Gesundheitsleistungen, während die Einnahmehasis der Gesetzlichen Krankenversicherung schwindet. Zudem muss Schluss sein mit der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen und dem politischen Missbrauch zur Entlastung anderer Sozialversicherungszweige.
- Stabile Rahmenbedingungen für die Leistungsträger. Eine kurzatmige Politik der Kostendeckelung gefährdet Zehntausende von Arbeitsplätzen.

Die Ärzteschaft steht nicht allein mit ihren Forderungen nach einer patientengerechten Gesundheitsreform, einem klaren Kurs in der Gesundheitspolitik und beruflicher Planungssicherheit. Ich bin ganz sicher, dass sich die Solidarität mit den anderen Gesundheitsberufen auch in den harten Auseinandersetzungen der kommenden Woche und Monate bewähren wird.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*